

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfractionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008



## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfractionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008



## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfractionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfraktionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008

## Mitteilung an die Medien

---

Mittwoch, 7. Oktober 2015

---

### Schule ohne Reserve wird zur Regel

**Schon seit dem Ende der Sommerferien versuchen die Schulbehörden mit allen Mitteln, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen. Dagegen zeigen die Ergebnisse einer GEW-Erhebung an vielen Schulen ein desaströses Bild: Für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler fehlt jegliche Vertretungsreserve. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.**

In Sachsen-Anhalt häufen sich die Berichte über flächendeckenden Unterrichtsausfall, doch die Schulbehörden verweigern bis heute dazu jede konkrete Auskunft. Deshalb hatte die GEW bereits kurz nach Schuljahresbeginn eine entsprechende Umfrage unter den Personalräten der Schulen gestartet. Auch hier hatten Kultusministerium und Landesschulamt versucht, die Weitergabe der Zahlen zu verhindern. Diese rechtswidrigen Eingriffe in die Arbeit der Personalräte wurden durch die GEW entschieden zurückgewiesen. Über die Schulen einen Mantel des Schweigens zu hängen und Lehrkräften und Schulleitungen Maulkörbe zu verordnen, ist in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Trotz dieser Einschüchterungsversuche im Vorfeld gab es einen guten Rücklauf der Fragebögen im dreistelligen Bereich.

Zu den Ergebnissen der Umfrage, die heute im Rahmen der Landespressekonferenz vorgestellt wurden, sagte der Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Thomas Lippmann: „Die Auswertung bestätigt die schlimmen Befürchtungen, die wir von Beginn des Schuljahres an haben mussten. Schulen ohne Vertretungsreserve sind seit diesem Jahr mehr die Regel als die Ausnahme.“ So stünde für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler keine Vertretung bereit, wenn die reguläre Lehrkraft ausfällt. „Unter diesen Bedingungen kann das Schuljahr nicht weiterlaufen. Die Landesregierung muss sofort den Weg für die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften freimachen. Allein 300 sind notwendig, um nur die schlimmsten Defizite zu beheben“, so Lippmann.

Besonders bedenklich sei, dass fast jede zweite Schule am unteren Limit der Stundentafel arbeite. Für die enormen Herausforderungen, mit denen die Schulen konfrontiert sind, ergebe sich so immer weniger Spielraum. Deutlich würde dies etwa durch hohe Aufsichtszeiten, mit denen bspw. Lehrkräfte an Grundschulen die verlässlichen Öffnungszeiten sicherstellten. „An zahlreichen Sekundarschulen sind teilweise erdrutschartige Kürzungen in den Stundenzuweisungen zu verzeichnen. Inklusion – gerade für diese Schulform eine zentrale Aufgabe – kann so praktisch nicht stattfinden“, führte Lippmann weiter aus.

Die Überlastung der Kolleg/innen nähme beständig zu, was dann auch immer häufiger zu krankheitsbedingten Ausfällen oder sogar zum vorfristigen Ausscheiden aus dem Schuldienst führe. Das permanente Arbeiten an der physischen und psychischen Belastungsgrenze – verbunden mit der fehlenden Unterstützung für die anwachsenden Aufgaben und immer kleinteiligeren Abordnungen an andere Schulen – werden viele Kollegien nicht lange durchhalten.

Aus diesen Erkenntnissen müssten jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden. Zunächst sei eine ehrliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsversorgung notwendig, um verlässlich über den Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte entscheiden zu können. Die Landtagsdebatten der vergangenen Wochen ließen jedoch nicht darauf schließen, dass die politisch Verantwortlichen gewillt sind, einen solchen Prozess schnell und vollumfänglich in Gang zu setzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt wird deshalb gemeinsam mit Elternvertretern durch weitere Aktionen auf die enormen Missstände hinweisen und den Druck auf die Regierungsfractionen und Schulbehörden erhöhen. „Niemand soll am Ende des Tages behaupten können, er habe von der Situation nichts gewusst und sei deshalb untätig geblieben“, schloss Lippmann seine Ausführungen ab.

Parallel zur Landtagssitzung am 15. Oktober wird die GEW zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz für diese Belange streiten. Auch in Halle findet an diesem Tage eine Demonstration eines breiten Aktionsbündnisses für eine bessere Bildung in Sachsen-Anhalt statt.

Alexander Pistorius – Pressesprecher

---

V.i.S.d.P.: Alexander Pistorius, GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg,  
Tel.: 0391/73 55 445, 0345/20 40 812 oder 0173/405 2008